REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

64193/1

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION
29-08-2018
RAAD VAN STATE
WETGEVING

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Familie zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN VOM 30. MAI 2018 ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION, DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER SCHAFFUNG EINES INTERREGIONALEN ORGANS FÜR DIE FAMILIENLEISTUNGEN

INHALTSANGABE

Durch den vorliegenden Dekretentwurf soll das Zusammenarbeitsabkommen vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Schaffung eines Interregionalen Organs für die Familienleistungen gebilligt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Begründung 4

Allgemeine Erläuterungen 4

Bemerkungen zu dem Gutachten des Rates für Familienleistungen 6

Kommentar zu dem einzigen Artikel 6

Vorentwurf 7

Anlage

Zusammenarbeitsabkommen vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Schaffung eines interregionalen Organs für die Familienleistungen 8

Gutachten des Rates für Familienleistungen 9

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Im Rahmen der Vergemeinschaftung der Zuständigkeit „Familienleistungen" besteht weiterhin die Notwendigkeit, für gewisse Themenbereiche innerbelgisch zwischen den Teilstaaten zu kooperieren.

Aus diesem Grund wird das Interregionale Organ für die Familienleistungen in Form einer V.o.G. geschaffen.

1. Das Organ übernimmt folgende Aufgaben :
   Verwaltung des Kataster der Familienleistungen, der Datenflüsse und der Altlasten. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat sich dafür entschieden, mit der Wallonie und Brüssel die Datenflüsse gemeinsam zu verwalten, um auf die bestehende Expertise zurückgreifen zu können und weil die Ausarbeitung eigener Datenflüsse bis 2019 zeitlich nicht möglich wäre.
2. Verbindungsstelle im internationalen Kontext und Verteilung der internationalen Familienleistungsakten zwischen den Gebietskörperschaften. Im EU-Kontext besteht weiterhin die Notwendigkeit, einen einzigen Ansprechpartner zu haben, der Anfragen anderer EU-Staaten und von Bürgern in internationalen Akten an den zuständigen Teilstaat weiterleitet;
3. Verschiedene Aufgaben zur Abwicklung von Famifed, u.a. die Verwaltung der in Papierform oder in digitaler Form archivierten Akten von FAMIFED sowie die Finanzkontrolle der föderalen Kindergeldkassen für das Jahr 2018;
4. Identifizierung der Kinder, deren Kindergeldansprüche in der Wallonischen Region und in der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission nicht aktiviert sind;
5. Vermittlung zwischen den Teilstaaten in den Aufgabenbereichen, die dem interregionalen Organ zugewiesen wurden.

Darüber hinaus können dem Organ über die Generalversammlung zusätzliche Aufgaben erteilt werden.

Das Organ wird durch eine Generalversammlung und einen Verwaltungsrat geführt, die sich aus Vertretern der Verwaltungen der Teilstaaten zusammensetzen.

Das Organ verfügt ausschließlich über zur Verfügung gestelltes Personal der Teilstaaten. Für die Deutschsprachige Gemeinschaft besteht aufgrund ihrer Größe die Möglichkeit, anstatt Personal finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. An die Deutschsprachige Gemeinschaft wird kein Personal übertragen, das heute in den hiervor erwähnten Bereichen arbeitet und das übertragene Personal wird zur Verwaltung der Akten benötigt. Deshalb wird die Deutschsprachige Gemeinschaft die Dienstleistungen des interregionalen Organs mittels finanzieller Beteiligung beanspruchen.

Das Organ wird durch die Teilstaaten in Anwendung des Verteilerschlüssels der Dotation für Familienleistungen (Kinder 0 bis 18 Jahre) finanziert. Aufgaben, die nur für gewisse Teilstaaten durchgeführt werden, werden auch nur von diesen Teilstaaten finanziert.

Das Organ wird zum Zeitpunkt der eigenständigen Verwaltung und Auszahlung des Kindergeldes durch einen der Teilstaaten, d.h. zum 1. Januar 2019, geschaffen.

Dieses Zusammenarbeitsabkommen wird für eine unbestimmte Dauer abgeschlossen und tritt zum Zeitpunkt der ersten Übernahme in Kraft. Es kann mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr gekündigt werden.

2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 1. In diesem Artikel werden, um des guten Verständnisses willen, die verschiedenen, im Abkommen verwendeten Begriffe definiert.

Artikel 2. In diesem Artikel wird das Ziel der Schaffung des interregionalen Organs sowie seine Rechtspersönlichkeit definiert.

Artikel 3. Dieser Artikel gibt den Namen, den Sitz sowie die Leitung der Vereinigung durch den Verwaltungsrat wieder.

Artikel 4. Dieser Artikel zählt die Aufgaben der Vereinigung auf.

Artikel 5. In diesem Artikel wird die Anzahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates sowie die Auswahl dieser Personen festgelegt.

Artikel 6. In diesem Artikel wird die Zusammenkunft des Verwaltungsrates und die Bedingungen, unter denen der Verwaltungsrat beschlussfähig ist, festgelegt.

Artikel 7. Dieser Artikel bestimmt, wie der Vorsitz des Verwaltungsrates organisiert ist.

Artikel 8. In diesem Artikel wird die Funktionsweise des Verwaltungsrates wiedergegeben und die Schaffung von Kammern innerhalb des Verwaltungsrats vorgesehen. Der Artikel erläutert den Zweck und die Funktionsweise dieser Kammern.

Artikel 9. Dieser Artikel gibt die Zusammensetzung der Generalversammlung und die Stimmberechtigung wieder.

Artikel 10. In diesem Artikel wird die Funktionsweise der Generalversammlung festgehalten.

Artikel 11. Dieser Artikel legt die Zusammensetzung des Personals der Vereinigung fest.

Artikel 12. In diesem Artikel wird festgehalten, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft die Möglichkeit hat Sondermittel zur Verfügung zu stellen an Stelle des oben erwähnten Personals.

Artikel 13. In diesem Artikel wird erklärt, dass der Verwaltungsrat den Personalbedarf festlegt.

Artikel 14. Dieser Artikel gibt die Aufteilung der Finanzierung der Vereinigung wieder.

Artikel 15. Dieser Artikel gibt Auskunft über den Haushalt der Vereinigung.

Artikel 16. In diesem Artikel wird festgelegt, dass die Finanzverwaltung der Vereinigung durch einen Betriebsrevisor überprüft wird.

Artikel 17. Dieser Artikel legt die Dauer des vorliegenden Abkommens und dessen Inkrafttreten fest.

Artikel 18. Der letzte Artikel legt fest, unter welchen Bedingungen dieses Zusammenarbeitskommen gekündigt werden kann.

BEMERKUNGEN ZU DEM GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Der Rat für Familienleistungen erteilt zum Dekretvorentwurf ein positives Gutachten. Seine Begründung bezieht sich auf den Hintergrund der Notwendigkeit eine Kooperation zwischen den Teilstaaten zu erstellen um die verschiedenen Aufgaben, welche dem Interregionalen Organ anvertraut werden, zu gewährleisten.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einziger Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommen vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Schaffung eines interregionalen Organs für die Familienleistungen

Einziger Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Schaffung eines interregionalen Organs für die Familienleistungen, wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

ANLAGE

ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN VOM 30. MAI 2018 ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION, DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER SCHAFFUNG EINES INTERREGIONALEN ORGANS FÜR DIE FAMILIENLEISTUNGEN

Als Anlage separat beigefügt.

GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Als Anlage separat beigefügt.

ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION, DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER SCHAFFUNG EINES INTERREGIONALEN ORGANS FÜR DIE FAMILIENLEISTUNGEN

EINLEITENDER TEXT

In Erwägung der Absicht der unterzeichneten Gebietskörperschaften, bestimmte Aspekte im Zusammenhang mit den Familienleistungen gemeinsam zu verwalten;

In Erwägung der Notwendigkeit, die betreffenden Handlungen dieser Gebietskörperschaften, nämlich nach dem Übergangszeitraum, zu koordinieren;

In Erwägung, dass eine solche Koordinierung unerlässlich ist und tatsächliche Zusammenarbeit erfordert von den Parteien, die dieses Zusammenarbeitsabkommen unterzeichnen;

Dieses Zusammenarbeitsabkommen sieht die Schaffung eines interregionalen Organs in Form einer Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht auf Grundlage des Gesetzes vom 27. Juni 1921 über die Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht und die Stiftungen vor, mit dem Ziel, bestimmte Aspekte im Zusammenhang mit den Familienleistungen zu verwalten;

Aufgrund Artikel 23 der Verfassung;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 92bis und Artikel 94 §1bis, eingefügt durch Artikel 44 des Sondergesetzes vom 6. Januar 2014 über die Sechste Staatsreform;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 60sexies, eingefügt durch Artikel 37 des Gesetzes vom 19. April 2014 zur Abänderung des Gesetzes über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Gesetzes vom 4. April 2014 zur Abänderung der koordinierten Gesetze vom 19. Dezember 1939 über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger (Allgemeines Familienbeihilfengesetz), das am 31. Dezember 2018 in Kraft war;

Aufgrund des Sonderdekrets der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird und das Dekret der Wallonischen Region vom 11. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird;

Aufgrund des 28. März 2018 im Konzertierungsausschuss erzielten Abkommens;

die Flämische Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie;

die Wallonische Region, vertreten durch den Ministerpräsidenten und die Ministerin für soziale Maßnahmen, Gesundheit, Chancengleichheit, den öffentlichen Dienst und die administrative Vereinfachung;

die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Familie, Gesundheit und Soziales;

die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, vertreten durch den Vorsitzenden des Vereinigten Kollegiums und die Mitglieder des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur;

wird Folgendes vereinbart:

Bestimmungen

Kapitel 1. Begriffsbestimmungen

Artikel 1. Bei der Anwendung dieses Zusammenarbeitsabkommens und nur in diesem Rahmen versteht man unter:

1° Gebietskörperschaften: die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, mit territorialer Zuständigkeit für die zweisprachige Region Brüssel-Hauptstadt; die Flämische Gemeinschaft, mit territorialer Zuständigkeit für das niederländische Sprachgebiet; die Wallonische Region, mit territorialer Zuständigkeit für das französische Sprachgebiet, sowie die Deutschsprachige Gemeinschaft mit territorialer Zuständigkeit für das deutsche Sprachgebiet;
2° Familienleistungen: die in Artikel 5 §1 IV des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen erwähnten Leistungen;
3° internationale Familienleistungsakten: die Familienleistungsakten, die unter Europäische Verordnungen und bilaterale Abkommen fallen;
4° die Übernahme: die Übernahme der Verwaltung und der Zahlung der Familienleistungen durch die Gebietskörperschaften zu dem Zeitpunkt, der aus ihren jeweiligen aufgrund von Artikels 94 §1bis, Absatz 4 des Sondergesetzes zur Reform der Institutionen vorgesehenen Bescheiden hervorgeht.

Kapitel 2. Schaffung

Artikel 2. Ziel dieses Zusammenarbeitsabkommens ist die Schaffung eines Organs mit Rechtspersönlichkeit, und zwar eine Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht, nachstehend "Vereinigung" genannt, im Sinne des Gesetzes vom 27. Juni 1921 über die Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die Stiftungen, die europäischen politischen Parteien und die europäischen politischen Stiftungen, veröffentlicht im Belgischen Staatsblatt vom 1. Juli 1921, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 18. September 2017, nachstehend "VoG-Gesetzgebung" genannt.

Artikel 3. Die Vereinigung trägt den Namen "Interregionales Organ für die Familienleistungen".

Die Vereinigung hat ihren Sitz im Verwaltungsbezirk Brüssel-Hauptstadt.

Die Vereinigung wird von einem Verwaltungsrat geleitet.

Kapitel 3. Zwecke und Aufträge

Artikel 4. Die Vereinigung wird folgende Aufträge erfüllen:

1. Die Verwaltung des Katasters, der Trivia-Anwendung und der Datenflüsse im Sinne der Artikel 5 und 8 des Zusammenarbeitsabkommens vom 6. September 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich den Angliederungsfaktoren, der Verwaltung der Altlasten, des Datenaustausches im Bereich der Familienleistungen und der Bedingungen für die Zuständigkeitsübertragung zwischen den Kindergeldkassen;

2. die Wahrnehmung der Tätigkeit als Verbindungsstelle im internationalen Kontext, Verteilung der internationalen Familienleistungsakten zwischen den Gebietskörperschaften und Zurverfügungstellung des erforderlichen diesbezüglichen Fachwissens;

3. die Verwaltung der in Papierform oder in digitaler Form archivierten Akten von FAMIFED;

4. alle Verrichtungen im Rahmen der Abwicklung von FAMIFED nach dessen Auflösung;

5. die Finanzkontrolle der föderalen Kindergeldkassen für das Jahr 2018;

6. die Identifizierung der Kinder, deren Kindergeldansprüche in der Wallonischen Region und in der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission nicht aktiviert sind (Vergleich zwischen den Daten im Kataster, in der ZDSS oder in anderen Datenbanken);

7. die Mediation, wie im Sinne des Artikels 12 des Zusammenarbeitsabkommens vom 6. September 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich den Angliederungsfaktoren, der Verwaltung der Altlasten, des

Datenaustausches über die Familienleistungen und die praktischen Vorschriften für die Zuständigkeitsübertragung zwischen den Kindergeldkassen;

8. alle andere ihr von der Generalversammlung einstimmig übertragenen Aufträge.

Kapitel 4. Zusammensetzung, Vorsitz und Funktionsweise

Abschnitt 1. Verwaltungsrat

Artikel 5. Der Verwaltungsrat der Vereinigung setzt sich aus vier Mitgliedern zusammen.

Jede Gebietskörperschaft ernennt zu diesem Zweck einen Vertreter ihrer zuständigen Verwaltung. Jede Gebietskörperschaft ernennt neben einem effektiven Mitglied auch ein stellvertretendes Mitglied.

Jedes Mitglied verfügt über eine Stimme. Ein stellvertretendes Mitglied hat nur eine Stimme wenn, es ein effektives Mitglied vertritt.

Artikel 6. Der Verwaltungsrat kommt mindestens viermal im Jahr zusammen, sowie auf Bitte eines Mitglieds. Er tagt nur rechtsgültig, wenn alle vier Gebietskörperschaften vertreten sind.

In Abweichung von Absatz 1 ist der Verwaltungsrat beschlussfähig, wenn die Gebietskörperschaften, die der Kammer angehören, die für die Aufträge, die auf der Tagesordnung stehen, zuständig ist, vertreten sind.

Artikel 7. Der Vorsitz wird abwechselnd von einem der Mitglieder der Vereinigung für die Dauer von jeweils einem Jahr nach den in den Statuten festzulegenden Bestimmungen geführt.

Ein Vizevorsitzender wird bestellt. Der Vorsitzende und der Vizevorsitzende dürfen nicht der gleichen Gebietskörperschaft angehören.

Artikel 8. Die Funktionsweise des Verwaltungsrates wird in den Statuten festgelegt.

Im Verwaltungsrat werden Kammern eingerichtet. Eine Kammer unterstützt den Verwaltungsrat bei der Ausübung der Aufträge, die nicht für alle Gebietskörperschaften gemeinsam ausgeführt werden. Zur Erfüllung dieses Auftrages ergreift diese Kammer alle erforderlichen Initiativen. Der Verwaltungsrat ergreift die Initiative zur Einrichtung einer Kammer, sobald nicht alle Gebietskörperschaften entscheiden, einen Auftrag gemeinsam in der Vereinigung wahrzunehmen.

Die Zusammensetzung dieser Kammern und die Häufigkeit der Sitzungen werden von der Gebietskörperschaft oder den Gebietskörperschaften, die den betreffenden Auftrag erteilen, festgelegt.

Der Verwaltungsrat kann nur durch eine mit Gründen versehene Entscheidung von der Stellungnahme einer Kammer abweichen, wenn er der Auffassung ist, dass der Auftrag, übernommen von einer Gebietskörperschaft oder gemeinsam übernommen von mehreren Gebietskörperschaften, unzureichend finanziert ist, um übernommen zu werden. Der Aufteilungsschlüssel der mit diesem Auftrag verbundenen Lasten wird in der betreffenden Kammer festgelegt.

Abschnitt 2. Die Generalversammlung

Artikel 9. Die Generalversammlung ist zusammengesetzt aus acht Mitgliedern.

Jede Gebietskörperschaft ernennt zu diesem Zweck zwei Vertreter ihrer zuständigen Verwaltung. Jede Gebietskörperschaft ernennt neben zwei effektiven Mitgliedern auch zwei stellvertretende Mitglieder.

Jede Gebietskörperschaft verfügt über eine Stimme unabhängig von der Zahl der Vertreter.

Artikel 10. Die Funktionsweise der Generalversammlung wird in den Statuten festgelegt.

Abschnitt 3. Personal

Artikel 11. Das Personal der Vereinigung besteht ausschließlich aus Beamten und Personalmitgliedern, die von den Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellt werden, damit die Vereinigung ihre Aufträge ausfüllen kann.

Die von den Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellten Personalmitglieder unterliegen weiterhin den für sie geltenden Personalbestimmungen.

Artikel 12. Die Deutschsprachige Gemeinschaft kann beschließen, anstelle der Bereitstellung des Personals, pro Haushaltsjahr, Sondermittel zur Finanzierung ihres Anteils an den Personalkosten zu gewähren.

Artikel 13. Der Verwaltungsrat legt den Personalbedarf fest.

Kapitel 5. Finanzierung und Budget

Artikel 14. Die Personal-, Unterhalts- und Betriebskosten der Vereinigung werden durch die Gebietskörperschaften getragen gemäß dem Aufteilungsschlüssel, basierend auf der prozentualen Aufteilung der Anzahl Kinder 0-18 Jahre pro Gebietskörperschaft gemäß Artikel 47/5 §5 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen.

Die in Absatz 1 erwähnte Aufteilung wird für Aufträge, die nicht von allen Gebietskörperschaften gemeinsam übernommen werden, angepasst. Der Teil, den jede Gebietskörperschaft übernimmt, wird durch die für den Auftrag zuständige Kammer bestimmt.

Artikel 15. Der Verwaltungsrat legt den Haushalt fest.

Der Generalversammlung wird der Jahresabschluss und der Haushaltsvorentwurf für das folgende Jahr durch den Verwaltungsrat zur Genehmigung vorgelegt.

Nach Genehmigung der Generalversammlung wird dieser Haushaltsvorentwurf vom Verwaltungsrat den Regierungen der betreffenden Gebietskörperschaften weitergeleitet.

Der Generalversammlung wird jährlich der Jahresbericht der Vereinigung vom Verwaltungsrat zur Genehmigung vorgelegt.

Artikel 16. Die Finanzverwaltung der Vereinigung wird von einem vom Verwaltungsrat benannten und widerrufenen Betriebsrevisor, aus dem Kreis der Mitglieder des Instituts der Betriebsrevisoren, überwacht.

Kapitel 6. Schlussbestimmungen

Artikel 17. Dieses Zusammenarbeitsabkommen wird für eine unbestimmte Dauer abgeschlossen und tritt zum Zeitpunkt der ersten Übernahme in Kraft.

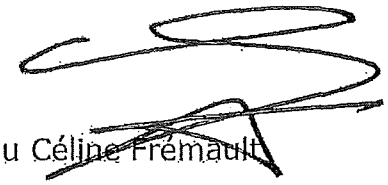
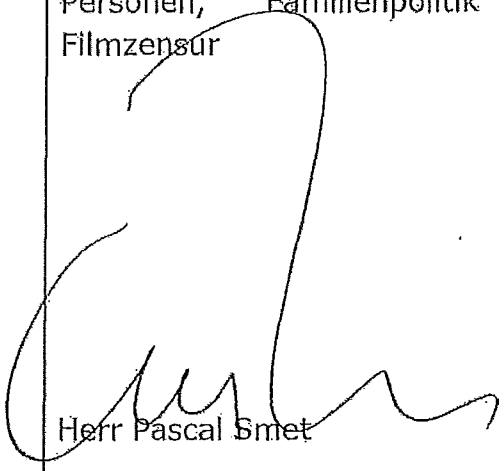
Artikel 18. Die Kündigung dieses Abkommens erfordert eine Kündigungsfrist von einem Jahr, die den anderen Gebietskörperschaften mitzuteilen ist. Die Kündigung wird am 1. Januar des Jahres, das auf das Ende der Kündigungsfrist folgt, wirksam.

Die Parteien verpflichten sich während der Kündigungsfrist zur Aushandlung eines neuen Abkommens und zur Sicherung der notwendigen Zusammenarbeit.

30. Mai 2018

Geschehen zu Brüssel, am ..., in einer Originalausfertigung in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, die dem Zentralen Sekretariat des Konzertierungsausschusses vorgelegt wird.

Ministerpräsident der Regierung der Flämischen Gemeinschaft Herr Geert Bourgeois	Flämischer Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie Herr Jo Vandeurzen
Ministerpräsident der Wallonischen Region Herr Willy Borsus	Wallonische Ministerin für soziale Maßnahmen, Gesundheit, Chancengleichheit, den öffentlichen Dienst und die administrative Vereinfachung Frau Alda Greoli
Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Herr Oliver Paasch	Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Familie, Gesundheit und Soziales Herr Antonios Antoniadis

Vorsitzender des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission Herr Rudi Vervoort	Mitglied des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur  Frau Céline Frémault
Mitglied des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur  Herr Pascal Smet	

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister van Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Gezin is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE INSTEMMING MET HET SAMENWERKINGSAKKOORD VAN 30 MEI 2018 TUSSEN DE VLAAMSE GEMEENSCHAP, HET WAALSE GEWEST, DE GEMEENSCHAPPELIJKE GEMEENSCHAPSCOMMISSIE EN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP BETREFFENDE DE OPRICHTING VAN HET INTERREGIONAAL ORGAAN VOOR DE GEZINSBIJSLAGEN

INHOUD

Het voorliggende decreet heeft tot doel instemming te verlenen met het Samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de oprichting van het Interregionaal orgaan voor de gezinsbijslagen.

INHOUDSOPGAVE

Pagina

Memorie van toelichting 4

Algemene toelichting 4

Opmerkingen bij het advies van de Raad voor Gezinsbijslagen 6

Bespreking van het enige artikel 6

Voorontwerp 7

Bijlage

Samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de oprichting van het Interregionaal orgaan voor de gezinsbijslagen 8

Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen 9

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

In het kader van de bevoegdheid "Gezinsbijslagen" blijft de samenwerking tussen de Belgische deelentiteiten voor bepaalde aspecten noodzakelijk.

Daarom wordt, in de vorm van een vzw, het Interregionaal orgaan voor de gezinsbijslagen opgericht.

1. Het Interregionaal orgaan krijgt de volgende opdrachten:
   het beheer van het Kadaster, van de datafluxen en van de lasten van het verleden. De Duitstalige Gemeenschap heeft besloten om de datafluxen samen met Wallonië en Brussel te beheren om te kunnen teruggrijpen op de bestaande expertise en omdat het wegens tijdsgebrek niet mogelijk is tegen 2019 eigen datafluxen uit te werken;
2. fungeren als verbindingsorgaan in de internationale context en verdelen van de internationale gezinsbijslagendossiers tussen de deelentiteiten. In de EU-context is het nog altijd noodzakelijk één enkele aanspreekpartner te hebben die de aanvragen van andere EU-landen en EU-burgers omtrent internationale dossiers aan de bevoegde deelentiteit doorgeeft;
3. verschillende handelingen in het kader van de afwikkeling van Famifed, onder meer het beheer van de papieren en digitaal gearchiveerde dossiers van Famifed, alsook de financiële controle op de federale kinderbijslagfondsen wat betreft 2018;
4. de identificatie van de kinderen van wie de rechten op kinderbijslag niet in het Waalse Gewest en in de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie geactiveerd zijn;
5. de bemiddeling tussen de deelentiteiten omtrent de taken die aan het Interregionaal orgaan toegewezen werden.

Voorts kan de algemene vergadering nog andere taken aan het orgaan opdragen.

Het orgaan wordt geleid door een algemene vergadering en een raad van bestuur die zijn samengesteld uit vertegenwoordigers van de administraties van de deelentiteiten.

Het personeel van het orgaan wordt ter beschikking gesteld door de deelentiteiten. Voor de Duitstalige Gemeenschap bestaat de mogelijkheid om, gelet op haar omvang, financiële middelen ter beschikking te stellen in plaats van personeel. Er wordt geen personeel naar de Duitstalige Gemeenschap overgeheveld dat vandaag in de voormelde domeinen werkt, terwijl het overgehevelde personeel nodig is om de dossiers te beheren. Daarom zal de Duitstalige Gemeenschap door middel van een financiële tegemoetkoming een beroep doen op de diensten van het Interregionaal orgaan.

Het orgaan wordt gefinancierd door de deelentiteiten met toepassing van de verdeelsleutel van de dotatie voor gezinsbijslagen (kinderen van 0 tot 18 jaar). Taken die alleen door bepaalde deelentiteiten worden uitgevoerd, worden ook alleen door die deelentiteiten gefinancierd.

Het orgaan wordt opgericht op het moment dat de kinderbijslag door een van de deelentiteiten zelfstandig wordt beheerd en uitbetaald, namelijk op 1 januari 2019.

Dit samenwerkingsakkoord wordt gesloten voor onbepaalde duur en treedt in werking bij de eerste overname. Het kan met een opzeggingstermijn van één jaar opgezegd worden.

2. Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord

Artikel 1. In dit artikel worden de verschillende begrippen die in het samenwerkingsakkoord worden gebruikt, ter verduidelijking gedefinieerd.

Artikel 2. In dit artikel wordt het doel van de oprichting van het Interregionaal orgaan en de rechtspersoonlijkheid van dat orgaan bepaald.

Artikel 3. Dit artikel bevat de naam, de zetel en het beheer van de vereniging door de raad van bestuur.

Artikel 4. Dit artikel bepaalt de taken van de vereniging.

Artikel 5. Dit artikel bepaalt het aantal leden en plaatsvervangende leden van de raad van bestuur en de manier waarop die worden uitgekozen.

Artikel 6. Dit artikel bepaalt hoe de raad van bestuur bijeenkomt en wanneer de raad van bestuur geldig zetelt.

Artikel 7. Dit artikel bepaalt hoe het voorzitterschap van de raad van bestuur wordt geregeld.

Artikel 8. Dit artikel bepaalt de werkwijze van de raad van bestuur en de oprichting van kamers binnen de raad van bestuur. Voorts wordt het doel en de werkwijze van die kamers toegelicht.

Artikel 9. In dit artikel staat hoe de algemene vergadering wordt samengesteld en hoe het stemrecht in de algemene vergadering wordt geregeld.

Artikel 10. Dit artikel bepaalt de werkwijze van de algemene vergadering.

Artikel 11. Dit artikel bepaalt de samenstelling van het personeel van de vereniging.

Artikel 12. In dit artikel wordt bepaald dat de Duitstalige Gemeenschap ervoor kan opteren om, in plaats van het voormelde personeel, specifieke budgetten ter beschikking te stellen.

Artikel 13. In dit artikel staat dat de raad van bestuur de personeelsbehoefte bepaalt.

Artikel 14. Dit artikel bepaalt hoe de financiering van de vereniging wordt verdeeld.

Artikel 15. Dit artikel heeft betrekking op het budget van de vereniging.

Artikel 16. Dit artikel bepaalt dat het financiële beheer van de vereniging gecontroleerd wordt door een bedrijfsrevisor.

Artikel 17. Dit artikel bepaalt de duur en de inwerkingtreding van het voorliggende samenwerkingsakkoord.

Artikel 18. Het laatste artikel bepaalt hoe dit samenwerkingsakkoord kan worden opgezegd.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

De Raad voor Gezinsbijslagen verstrekt een positief advies over het voorontwerp van decreet.
Zijn motivering heeft betrekking op het feit dat de samenwerking tussen de deelentiteiten noodzakelijk is om de verschillende opdrachten die aan het Interregionaal orgaan worden toevertrouwd, te kunnen vervullen.

BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

Enig artikel

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de oprichting van het Interregionaal orgaan voor de gezinsbijslagen

Enig artikel – Instemming wordt verleend met het Samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de oprichting van het Interregionaal orgaan voor de gezinsbijslagen.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

BIJLAGEN

Samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de oprichting van het Interregionaal orgaan voor de gezinsbijslagen

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.